

Antrag 21/I/2022**UB Barnim****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Version der Antragskommission
(Konsens)****Wiedereinführung Berufsschullehrer*innenausbildung im Land Brandenburg**

1 Die SPD-Landtagsfraktion und die beiden zuständi-
 2 gen SPD-geführten Landesministerien werden auf-
 3 gefordert, die Etablierung der grundständigen uni-
 4 versitären Berufsschullehrer*innenausbildung zü-
 5 gig zu betreiben. Der auch hierdurch auf etliche Jah-
 6 re nicht näherungsweise zu deckende Fehlbedarf
 7 soll durch eine an der Praxis von Berufsschulunter-
 8 richt orientierte solide Qualifizierung von Seitenein-
 9 steiger*innen vermindert werden.

10

Begründung

12 Der exorbitante Lehrkräftemangel ist nicht nur ein
 13 Problem der allgemeinbildenden Schulen, es betrifft
 14 ebenso stark die Berufsschulen im Land Branden-
 15 burg, und das trägerunabhängig. In den kommen-
 16 den Jahren werden in Brandenburg um die 100 Be-
 17 rufsschullehrer*innen jährlich in den Ruhestand ge-
 18 hen. Ein existenzbedrohender Lehrer*innenmangel
 19 für die duale Ausbildung im Land ist vorprogram-
 20 miert, wenn nicht zeitnah gegengesteuert wird.

21 In Brandenburg gab es 2020 rund 1.917 voll- und teil-
 22 zeitbeschäftigte Lehrkräfte an den 25 öffentlichen
 23 Oberstufenzentren, bei rund 25.000 Auszubilden-
 24 den. Dazu kommen 325 Lehrkräfte an zehn Berufs-
 25 schulen in freier Trägerschaft, die ca. 1.215 Auszu-
 26 bildende unterrichten. Von den insgesamt 2.242 be-
 27 schäftigten Lehrkräften waren 2020 bereits 65 % 50
 28 Jahre oder älter. Die Zahlen verdeutlichen die Ge-
 29 fährdung der dualen Ausbildung im Land Branden-
 30 burg.

31 Die duale Ausbildung ist aber nicht nur durch anste-
 32 hende Ruhestandsperioden in Gefahr. Auch die Tat-
 33 sache, dass Brandenburg seit 1990 die grundstän-
 34 dige universitäre Ausbildung der Berufsschulleh-
 35 rer*innen abgeschafft hat, forciert die Gefährdung
 36 der Ausbildung massiv und führt dazu, dass Bran-
 37 denburg Lehrkräfte aus anderen Bundesländern ak-
 38 quirieren muss, die ebenfalls unter dem Lehrkräfte-
 39 mangel an Berufsschullehrern leiden.

40 Es ist unstrittig, dass auch Brandenburg vom Fach-
 41 kräftemangel betroffen ist. Die Anforderungen an
 42 die Ausbildung wachsen und steigen, gerade in Hin-
 43 sicht auf die Digitalisierung. Wer einen hohen Qua-

Annahme unter Streichung des Wortes "grundstän-
 digen" in Zeile 3

44 litätsanspruch an die Ausbildung stellt, muss auch
45 selbst gut ausgebildet sein. Wer den Bedarf an Aus-
46 bildungen hat, muss ihn auch decken können. Aus
47 diesen Gründen ist es unabdingbar für die Zukunft
48 der bewährten dualen Ausbildung im Land Branden-
49 burg, die grundständige universitäre Ausbildung
50 wieder einzuführen.

51 Neben der grundständigen universitären Ausbil-
52 dung fordern wir, zur Abmilderung des Lehrkräfte-
53 mangel, die zügige Umsetzung zur Etablierung ei-
54 nes berufsbegleitenden Studiengangs. Dies wäre ei-
55 ne wichtige Option, um die Qualität der Ausbildung
56 auch bei Seiteneinsteiger*innen zu gewährleisten.

57 Eine Arbeitsgruppe, der das MWFK, das MBSJ so-
58 wie die Universitäten Potsdam und Cottbus- Senf-
59 tenberg angehören, evaluiert derzeit zur Wiederauf-
60 nahme der Berufsschullehrer*innenausbildung die
61 Kosten und Möglichkeiten. Seit Oktober 2021 liegt
62 ein Konzept zur Standortprüfung der Wiedereinfüh-
63 rung der grundständigen universitären und der Op-
64 tion zur berufsbegleitenden Ausbildung des Landes
65 Brandenburg vor.

66 Wir begrüßen diese Evaluation ausdrücklich, for-
67 dern aber nicht nur eine Prüfung, sondern eine rapi-
68 de Umsetzung der Wiedereinführung der universi-
69 tären Berufsschullehrer*innenausbildung, auch be-
70 rufsbegleitend im Land Brandenburg. Ein Jahr ist
71 vergangen, ohne dass die dringend notwendige
72 Grundsatzentscheidung zur Standort - und Umset-
73 zungsfrage geklärt ist. Diesen Zeitluxus können wir
74 uns aufgrund der bevorstehenden prekären Lage
75 schlicht nicht mehr leisten.

76 Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung im Barnim und
77 der Unterbezirk Barnim bitten daher – für die Zu-
78 kunft unseres Bildungsstandortes – eindringlich um
79 Unterstützung des Antrages.